



RAT DER  
EUROPÄISCHEN UNION

Brüssel, den 29. November 2013 (10.12)  
(OR. en)

**16984/13**

**ENV        1138**  
**MI        1096**  
**DELACT 96**

**I/A-PUNKT-VERMERK**

des Generalsekretariats des Rates  
für den AStV/Rat

Nr. Komm.dok.: 15731/13 ENV 1010 MI 960 DELACT 72

Betr.: Delegierte Richtlinie .../.../EU der Kommission vom 18.10.2013 zur Änderung – zwecks Anpassung an den technischen Fortschritt – des Anhangs IV der Richtlinie 2011/65/EU des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich einer Ausnahme für sechswertiges Chrom in Alkali-Dispensern zur Verwendung bei der Herstellung von Fotokathoden in Röntgenbildverstärkern bis zum 31. Dezember 2019 und in Ersatzteilen für vor dem 1. Januar 2020 in der EU in den Verkehr gebrachte Röntgenanlagen  
– Absicht, keine Einwände gegen den delegierten Rechtsakt zu erheben

1. Die Kommission hat dem Rat den obengenannten delegierten Rechtsakt<sup>1</sup> gemäß dem Verfahren nach Artikel 290 AEUV und gemäß Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe a der Richtlinie 2011/65/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2011 zur Beschränkung der Verwendung bestimmter gefährlicher Stoffe in Elektro- und Elektronikgeräten<sup>2</sup> vorgelegt. Da die Kommission den delegierten Rechtsakt am 18. Oktober 2013 übermittelt hat, kann der Rat bis zum 18. Dezember 2013 Einwände dagegen erheben.
  
2. Die Gruppe "Umwelt" hat den delegierten Rechtsakt geprüft und einvernehmlich festgestellt, dass es für den Rat keinen Grund gibt, Einwände gegen ihn zu erheben.

<sup>1</sup> Dok. 15731/13.

<sup>2</sup> ABl. L 174 vom 1.7.2011, S. 88.

3. Dem AStV wird daher vorgeschlagen, dem Rat zu empfehlen, er möge bestätigen, dass er nicht beabsichtigt, Einwände gegen den delegierten Rechtsakt zu erheben, und dass die Kommission und das Europäische Parlament darüber zu unterrichten sind. Dies bedeutet, dass der delegierte Rechtsakt veröffentlicht wird und gemäß Artikel 3 der delegierten Richtlinie am zwanzigsten Tag nach seiner Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Union in Kraft tritt, sofern das Europäische Parlament keine Einwände dagegen erhebt.
-